

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementpreis durch die Post bezogen
vierterjährlich 1.50 M. Einzelne Preise die gespalt. Colourelzeitschriften für Arbeits-
genüge 75 Pf., Geschäft- und Privatangebote 1 M.

Eigentum des Christlichen
Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Fernruf 535
Schluß der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonne-
mentsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Allgemeine Anzeigen-Annahme „Echos vom Niederrhein“, Duisburg.

Nummer 18.

Duisburg, den 4. Mai 1918.

19. Jahrgang.

Hast Du auch Deine Pflicht getan, Kollege?

In der Sektion S. der blühenden Verwaltungsstelle D. unseres christlichen Metallarbeiterverbandes wollte es schon lange nicht mehr richtig vorwärts gehen. Der Zusammenhang zwischen Vorstand und Mitgliedschaft war gelockert, die Versammlungen wurden nur von wenigen Kollegen besucht; es fehlte der Schwung, der Geist, der Elan. Die Lohnherhöhungen, die mit Hilfe des Verbandes erzielt wurden, stellte man ein und ließ es damit bewenden. Wurde eine Sektion auf der Generalversammlung der Verwaltungsstelle gerufen, so war es bisher S. Als Entschuldigung wurden dann die alten Scheingründe von den „besonderen Verhältnissen“ aus der Kumpfammer hervorgezogen und damit glaubte man der Gute Gottes geleistet zu haben. Der gute Geist war zurückgegangen, seit der alte Vorsitzende M. zum Militär eingezogen worden war. Noch hatte er vom Felde aus geschrieben und gemahnt, aber es hatte nicht viel genutzt. Ein jugendlicher Vertrauensmann, in dem echtes gewerkschaftliches Leben glühte, kämpft mit Namen, suchte so gut es ging, im Betriebe und unter seinen Bekannten Mitglieder für die Organisation zu gewinnen.

Da wurde der Vorsitzende M. in die Heimat zur Arbeit abkommandiert. In den nächsten Tagen berief der Vorstand eine Vertrauensmänner-Versammlung ein, um die notwendigsten Fragen zu besprechen. Nachdem Kollege M. kurz seine Fronterlebnisse gestreift hatte, kam er auf die Verhältnisse in der Sektion zu sprechen und bedauerte, daß die Sektion S. kaum nennenswert vorangegangen sei, während alle anderen Gruppen so große Fortschritte erzielt hätten.

„Die Verhältnisse sind hier nicht so gut als anderswo.“ Während des Krieges gibt es hier nichts“, sagte ein älterer Kollege und glaubte damit den Zustand der Sektion gernigend begründet zu haben.

„So, so, hier bei uns ist nichts zu machen, weil die Verhältnisse anders gelagert sind, als anderswo,“ begann der Kollege M., legte seine Zigarette weg und sah den Kollegen Harf an. „Ich will ja nicht davon sprechen, daß es ein solches Wort in der Kriegszeit überhaupt nicht geben kann. Hast Du schon jemals einen Soldaten gehört, der so etwas bei den Mund genommen hätte? Die Stellung der Feinde in Städten z. B. schien unüberwindlich. Unsere Kollegen, die im Felde stehen, sagten aber nicht: Hier ist nichts zu machen, sondern wußten: Es muß gehen. Und da ging es auch! Die angehende Beute und den Geländegewinn habt Ihr ja in der Zeitung jeden Tag lesen können. Und was unsere Kollegen draußen erreichen, das sollte uns nicht gelingen? Nein — hört mal, Eure Entschuldigung ist gar nicht stichhaltig. Wir haben hier genau die gleichen Arbeitsverhältnisse, wie unsere Nachbarssektion R. Ich weiß das doch auch. Die Löhne seien hier sogar noch etwas niedriger, als in R. Wenigstens 1000 Unorganisierte, die unter schlechten Lohn- und Arbeitsverhältnissen stehen, kommen in Frage. Gerade 80 haben wir organisiert. Und da sollte beim richtigen Zusammensetzen nichts erreicht werden können? Das macht Ihr mir nicht weiß! In S. sind schon 50 Kolleginnen organisiert, bei uns noch keine; die Zahl der Jugendlichen läßt auch sehr zu wünschen übrig. Das liegt nicht an den besonderen Verhältnissen. Nehmt's einem alten Krieger nicht übel; aber das mit den besonderen Verhältnissen ist einfach nicht wahr.“

„Ihr selbst habt es in der Hand, aus schlechten Verhältnissen gute zu machen. Hier unser jugendlicher Kollege Kampf hat im letzten Vierteljahr 18 Neuauflnahmen gemacht. Wenn jeder so gearbeitet und geschafft hätte, dann stände unsere Sektion besser da und es hätte mehr für die Kollegen erreicht werden können, als es geschehen ist.“

Der Besucher rückte seine Brille zurecht und meinte: „Das ist alles leichter gesagt wie getan.“

„Wenn man einmal über 50 ist, steigt man auch nicht mehr fern die Treppen heraus und bringt die Zeitung hin und wenn letztes Endes will man Sonntags auch seine Ruhe haben. Die jüngeren Kollegen können das besorgen, aber die taun nichts.“

Der Vorsitzende schaute ihn groß an und meinte lippischüttend: „Lieber Kollege, wer Dich reden hört, der sollte wahrlich meinen, du wärst schon siebzig Jahre und dabei bist Du knapp fünfzig. Und wenn Du noch Tag für Tag frisch zur Arbeit gehst und dort schaffst, dann willst Du für den Verband idon zu alt sein, der nur Geringes von Dir fordert. Die paar Stunden Vertrauensmännerarbeit und Hausagitation machen Dich wahrlich nicht müde. Wir sterben nicht daran. Ich meine, bei allem, was wir jetzt tun, sollten wir uns fragen: Kommt das auch nur annähernd dem gleich, was unsere Kollegen im Felde leisten? Da werden wir uns immer sagen müssen: Nein! Dann also suchen wir es ihnen gleichzutun in diesem Wettkampf. Bedenke, wir haben ein Wort einzulösen, wenn unsere Kollegen aus dem Felde wiederkommen. Wir haben Ihnen gelobt, die Ortsgruppe stark zu erhalten. Wie willst Du vor Ihnen stehen, wenn sie Dich nach ihrer Rückkehr fragen, was hast Du für den Verband getan? Niemand Dir ein Bei-

spiel an manchen Vertrauensleuten der anderen Gruppen, die noch älter sind als Du. Letzten Endes tuft Du es doch auch, damit wir und du hier einmal bessere Verhältnisse bekommen.“

Und was das zweite — von wegen der jüngeren Kollegen — anbelangt, so will ich hier nichts sagen über Mangel an Solidaritätsgefühl. Ihr selbst seid es ja Schuld, wenn Ihr keine jüngeren Vertrauensleute habt. Meint Ihr vielleicht, die können so herbeigesprungen. Die müßt Ihr Euch heranziehen und schulen, dann habt Ihr auch jugendliche Vertrauensleute. Aber daran habt Ihr es ja sehr fehlen lassen. Ihr leistet keine Erziehungsarbeit und nachher beschwert Ihr Euch, daß Euch die jüngeren Vertrauensleute fehlen. Oder glaubt Ihr, unser junger Kollege Kampf könnte alles allein tun? Nein, liebe Kollegen, sei aufrechtig, an Euch liegt die Schuld. Und dann noch eins. Das echte christliche Solidaritätsgefühl muß wieder eingeheben. Alle müssen für einen stehen und einer für alle. Alt und jung müssen gemeinsam wetteifern in der Arbeit für unsern Verband.“

„Ja, ja,“ meinte der kleine Müller, der Schriftführer, „darin müssen wir Dir ja wohl Recht geben, aber weißt Du zur Hausagitation kommt man keinen heraus.“

„Da liegt der Fas im Pfeffer,“ sagte der Kollege M., „also an der Hausagitation fehlt es hier. Ja, dann wundert mich der Aufgang unserer Sektion überhaupt nicht. Wie oft habt Ihr Hausagitation im letzten Jahre gemacht?“

„Wir haben sie einmal angelegt!“

„Und was ist daraus geworden?“

„Ja, es leider dagegen,“ bemerkte der Schriftführer.

„Wie Du denn da gewesen,“ fragte ihn der Vorsitzende.

„Sch — nein — ich konnte nicht.“

„Hast Du gearbeitet?“

„Nein — das gerade nicht — —“

„Da schlag es doch dreizehn. Als Grund für die zurückgeliebene Sektion gibt Ihr an, daß keiner an der Hausagitation sich beteiligt und Ihr, die Führer der Sektion, arbeitet selbst nicht einmal mit! Wie wollt Ihr Taten von Euren Kollegen erwarten, wenn Ihr, die Vertrauensleute, ein so schlechtes Beispiel gebt? Wären nur allein die Vertrauensleute dagemessen, dann hätte schon manches herausgeholt werden können. Hausagitation muß unter allen Umständen betrieben werden. Das ist das tägliche Brot des Verbandes. Ihr wollt doch wohl nicht behaupten, daß die Hausagitation so schwer wäre. Es kommt nur darauf an, daß man einmal die Gemüthslichkeit überwindet, dann geht die Sache schon. Aus der Aufführung unserer Nachbarssektion habe ich gesehen, daß sie an einem Sonntag 38 Kollegen durch Hausagitation gewonnen hat. In der ganzen Verwaltungsstelle sind es an den Agitationstagen über 800 gewesen. Hausagitation läuft immer, wenn man nur will. Und wo alle Sektionen der Verwaltungsstelle etwas erreichen könnten in der Hausagitation, da sollte bei uns die Sache nicht funktionieren? Die Hausagitation ist hier nicht systematisch angefaßt worden. Das ist der Hauptfehler. Vorbedingung dazu freilich ist: energische Mitarbeit und rege gewerkschaftlicher Geist, ohne den geht es nun einmal nicht. Wir müssen es uns als Regel machen. Wenigstens ein Sonntag im Monat soll für die Hausagitation frei bleiben und daran sollen sich nicht nur der Vorstand, sondern auch alle Vertrauensmänner beteiligen. Diese müssen unter allen Umständen zur Stelle sein. Mit der Zeit müssen wir auch die übrigen Mitglieder dazu erziehen, an der Hausagitation sich zu beteiligen. Je mehr Kräfte zur Verfügung stehen, um so mehr wird geleistet. Wir müssen die Arbeit auf alle Schultern verteilen, dann geht es noch einmal so gut. Vorbildliche Blankheit im Beginn zur festgesetzten Zeit ist natürlich erstes Erfordernis. Vor allen Dingen sorgt Ihr gutes Adressenmaterial, für eine genaue Einteilung der Strafen, gibt zu jedem erfahrenen Kollegen einen, der noch nicht so geeicht ist, zieht besonders die jugendlichen Kollegen zur Mitarbeit heran. Gerade die Hausagitation ist das beste Mittel, um die Jugendlichen zu erfahrene Vertrauensleuten zu machen. Dort kommen sie in direkte Berührung mit den Unorganisierten und in Rede und Gegenrede wird ihnen die Notwendigkeit des Verbandes vor Augen geführt. Und nun liebe Kollegen, wollen wir sofort für nächsten Sonntag den Anfang machen. Punkt zwei Ihr versammeln wir uns hier und dann wollen wir alle einmal zeigen, was wir können.“

„Aber was nützt alle Hausagitation, in die Versammlung kommen sie doch nicht und so lange das nicht ist, werden wir keine eifigen Mitglieder haben,“ bemerkte der zweite Schriftführer.

„Im zweiten Punkt hast Du ganz recht,“ entgegnete Kollege M., „solange die Mitglieder nicht in die Versammlungen kommen, solange werden auch keine eifigen regen Kollegen daraus. Wie habt Ihr während des Krieges Eure Versammlungen abgehalten?“

„Wir haben das Protokoll vorgelesen und dann über laufende Sachen gesprochen, von dem Verl. von der Zeitung

usw. Einzigmal hat uns auch unser Sekretär einen Vortrag gehalten. Dann war mehr Besuch da.“

„Ja, ja, daran liegt's. Eine gute Versammlung kann nicht aus dem Vormeß geschafft werden, die muß vorbereitet werden. Habt Ihr vorher über Eure Versammlungen gesprochen, z. B. was Ihr behandeln wolltet, wer zu dieser oder zu jener Sache sprechen sollte, wer einen kurzen Vortrag halten sollte usw.“

„Wir haben immer eine Tagesordnung aufgestellt,“ meinte der Besitzer.

„Das genügt noch lange nicht; nur eine Tagesordnung aufstellen. Die muß gründlich durchdacht und interessant ausgestaltet werden.“

„Was soll man denn eigentlich sagen? Immer nur über Gewerkschaften, das wird den Kollegen auch langweilig,“ sagte der Schriftführer.

„Dann hört doch die Weltgeschichte auf! Ihr wißt nicht, was Ihr sagen sollt. Der Stoff liegt doch da, man braucht ihn nur zu paden. Sagt, habt Ihr schon einmal während des Krieges in den Versammlungen unser Verbandsstatut durchgesprochen?“

„Nein, das haben wir noch nicht getan!“

„Hört mal, gibt es einen besseren Vortragsstoff, als unser Verbandsstatut? Das enthält in großen Bügeln unser gesamtes Verbandsleben und wenn dann der Vortragende sich noch etwas in den Stoff hineinarbeitet, dann wird er die besten Gedanken daraus nehmen. Und einen fruchtbareren Stoff für unsere Kollegen gibt es nicht. Wir können keine wissenschaftlichen Reden halten über dieses oder jenes Problem, dazu reichen unsere Kräfte nicht aus. Über unseren Kollegen an Hand des Verbandsstatuts die Notwendigkeit, Arbeit und Größe des Verbandes und der Arbeiterbewegung vor Augen zu führen, das können wir. Das müßte einen Teil der Versammlung ausmachen. Ferner müßte genau Bericht erstattet werden über die Verbandsaktivität am Ende während des Monats; Mitgliederbedienung, ratsfähige Mitglieder, über Agitation. Besonders wichtige Artikel aus dem Verbandsorgan müssen herangezogen werden. Das geht natürlich nicht ohne Arbeit und Anstrengung. Über das ist ja letzten Endes das Los aller Menschen. Und ein Gewerkschafter, der an der Hebung des Standes und an seiner eigenen arbeiten will, für den kann keine Arbeit zu schwer sein.“

Damit wir in unserer Sektion wieder einen guten Versammlungsbesuch bekommen, genügt es nicht, einfach eine Versammlungsanzeige in den Kalender zu setzen, vorläufig ist es notwendig, daß die Vertrauensleute die Kollegen per Telefon auf die Versammlungen hinweisen, Tagesordnung erläutern und die Kollegen einladend einladen. Pünktlicher Beginn und Schluß der Versammlungen ist vor allen Dingen zu beachten.“

„Das ist aber allerhand Arbeit,“ meinte der Vertrauensmann B.

„Vor der geringen Arbeit sollten wir zurückschrecken,“ fragte Kollege M. „Was heißt denn Vertrauensmann sein? Das heißt, seine Pflicht bis zum äußersten für die gute Sache tun!“

„Und unsere Pflicht müssen wir alle tun Pflichtgefühl und starker Wille reißen alle Widerstände nieder. Und dann richtet Euer Augenmerk vor allem wieder auf eine

pünktliche und genaue Verwaltungsarbeit

„Sie ist das Fundament, auf der sich eine gute und erfolgreiche Agitation aufbaut. Berechnungen stellt gewissenhaft und zur festgelegten Zeit fertig; gehört nicht zu denen, die immer nachhinken und ermahnt werden müssen. Eure Klasse und alle Kassenangelegenheiten behandelt so, daß Euch darin auch nicht einer den leisesten Ladel nachsagen kann. Wer da nicht Ordnung und genaue Rechnung führt, wird es auch in andern Sachen nicht genau nehmen. Der Brüderlein für eine Ortsgruppe ist ihre Kassenführung. Bedient Eure Kollegen pünktlich mit Beitragsmarken und Verbandsorgan und lohnt Ratsfähigkeit in der Beitragszahlung nicht auszukommen. Haft-Beitragszähler hemmen die Leistungsfähigkeit der Ortsgruppe. Seid Euren Kollegen ein Beispiel in Eifer und unermüdlicher Schaffensfreude für den Verband. Wenn sie sehen, daß Ihr es ernst meint, so werden sie nachfolgen. Wie der Führer, so ist die Gruppe. Wehe dem Schwachen! Kollegen, arbeite, damit die große Zeit uns gewappnet trifft, damit die heimkehrenden Kollegen eine Stütze finden, in der sie geborgen sind vor den Stürmen des wirtschaftlichen Kampfes, damit die Arbeiterschaft ihr Recht erringt, um das sie seit Jahren streitet. Wir wollen es aber wahrlieb nicht bei den Worten bewenden lassen. Nächsten Sonntag treten wir alle an zur Hausagitation.“

Der nächste Sonntag kam. Alle, mit Ausnahme zweier Kollegen, die arbeiten mußten, waren zur Stelle. Der Erfolg waren 19 Neuauflnahmen. Seit der Zeit geht es in H. vorwärts. Alle Vertrauensleute und Kollegen sehen ihren Mann. Sie kennen nur eine Parole:

„Vorwärts mit dem christlichen Metallarbeiterverband!“

Arbeitervertreter im Reichswirtschaftsamt und beim Reichskanzler.

Auf Veranlassung des Leiters des Reichswirtschaftsamtes und am 26. April in Berlin eine Konferenz mit Gewerkschaftsvertretern aller Richtungen statt. Es nahmen daran der Chef des Reichswirtschaftsamtes Staatssekretär Dr. Gieseck, der Chef des Kriegsministeriums Generalmajor von Schenck, Vertreter des Kriegernährungsamtes Unterstaatssekretär Dr. Müller und Wirtschafts Geh. Rat. Egger, Kaspar sowie zahlreiche Referenten. Von den christlichen Gewerkschaften nahmen daran teil: Kollege Giesbertz, Behrens, unser Vorsitzender Kollege Bleber und Redakteur Kürup vom Erwerbverein christlicher Bergarbeiter.

Zweck der Verhandlung war: die Wünsche und Beschwerden in der Arbeiterschaft zu befriedigen und Ausklärung über unsere Ernährungsverhältnisse bis zur neuen Entscheidung vorzubereiten. Besonders wurden die Arbeitsverhältnisse eingehend erörtert und vom Chef des Kriegsministeriums und auch des Reichswirtschaftsamtes der Appell an die Arbeiterschaft gerichtet, jetzt im Stadium der Höhe des Weltkrieges nicht zu erlahmen und alles zu vermeiden, was zur Störung in der Produktion führen könnte.

Die Arbeiterschäfte ihrerseits brachten eine Menge von Forderungen vor, welche die Arbeiterschaft beunruhigten und rückten um Hilfe, welche vom Chef des Reichswirtschaftsamtes, soweit es möglich sei, zugesagt wurde.

Besorgniserregende Gerüchte über gewisse Strömungen in der Arbeiterschaft konnten vor den Arbeiterschäften zerstreut werden und sie erklärten ferner, daß die Arbeiterschaft den Kreisredenken von sich wiese.

Im Anschluß an diese Konferenz hatte der Herr Reichskanzler die Arbeiterschäfte zu einer Audienz zu sich beschieden, um sich zu ihnen auszusprechen.

Bedeutungsvoll ist, wie sich der Herr Reichskanzler zu der reichsweiten Wahlrechtfrage äußerte. Er erklärte wörtlich: „Ich habe und soll mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht.“ und fügte hinzu: vor einigen Tagen noch habe ich der Kaiser ihm gegenüber dahin geführt, daß er nach wie vor unbedingt auf dem Boden der Wahlrechtvorlage stehe. Anderelautende Gerüchte seien durchaus unzutreffend.

Aus dieser Feststellung mögen die Kollegen im Lande schließen, daß die Regierung fest entschlossen ist, das allgemeine gleiche Wahlrecht durchzuführen. Die Arbeiterschäfte haben damit alle Veranlassung, hinter der Regierung zu stehen und sie nachhaltig zu unterstützen. Manche Beweisnahme dürfte damit auch bei der Arbeiterschaft ausgeräumt werden.

Unsere Lehrlinge.

In den Handwerkerorganen steht man seit Jahren von Rang an gewerblichem Nachwuchs. Dies ist bedauerlich, aber auch verständlich. Bedauerlich insoweit, daß so diese als ungelernte Arbeiter ihre Erwerbsfähigkeit beginnen, dadurch ihre eigenen Zukunftsmöglichkeiten beschränkt und gehoben. der deutschen Industrie, die für sie so notwendigen gelernten Fach- und Qualitätsarbeiter nur in befristetem Maße zugeführt werden.

Begreiflich ist aber dieser Zustand, wenn wir die Entwicklung der Lehrlingsverhältnisse uns vor Augen halten. Der Lehrling des alten Handwerkers war auch kein Haushaltsmitglied. In der Gewährung von Rost, Wohnung und allgemeiner Fürsorge bestand das Erbgeld für seine Arbeitsleistung. Die Beigabe eines leitenden Fachgelehrten dient als Arbeitshilfe.

Heute ist dies meistens gescheitert. Rost und Wohnung wird in den wenigen Fällen mehr gegeben, dagegen aber auch keine gleichartige Gegenleistung in Geld. Dazu kommt noch, daß man, obwohl die Ausbildung immer mehr in maschinelle geworden ist, die Lehrzeit durchweg verlängert hat. So sind unsere Lehrlinge vielfach zu einem Ausbildungssobjekt geworden. Was da für 3-jährige Lehrzeit ist gewöhnt wird, ist heute ein offener Skandal. Oft hat keine oder eine lächerlich geringe Entschädigung. In einer Maschinenfabrik, wo heute die Lehrlinge die vollwertigen Arbeiter ergeben, wurden kürzlich vom christlichen Metallarbeiterverband Rentenabschlüsse in Stuttgart folgende Lehrlingslöhne festgestellt: 1. Lehrjahr 2.6 Pfg., 2. Lehrjahr 5 Pfg., 3. und 4. Lehrjahr 10 Pfg. für die Stunde. Das unter solchen Umständen materiell weniger gut gestellten Eltern die Möglichkeit geworben ist, ihre Söhne 3-4 Jahre in die Lohn geben zu können, ist klar. Sie sparen und für die Eltern zu groß. Man reicht doch, was beide der Unterhalt eines Lehrlings kostet, allein schon neben der Belohnung die Kleidung, die er im Dienste des Arbeitgebers verbraucht.

Der Lehrling in jedem Betrieb muß eine hervolle Arbeitsträger darstellen, das wird heute niemand ernstlich befehlen wollen. Ein ordentliches Organ des Industrievertragskammeramtes, das „Welt“, wurde wiederholt Anträge verfeindlicht über den Arbeiterschäfzen im Kriege.

Der Betriebsleiter eines größeren Betriebes schreibt hier zu Nr. 11, 1917:

„Als die Frauen ihren Männer die Befreiung zu förmlichen begannen, zeigte es sich, daß mit Frauensucht keine Leistung erzielt werden konnte. Lehrlinge dagegen und zwar solche mit nur einem Lehrjahr, stellen sich an den Maschinen und den ihnen überlieferten Betriebslagen gut; anders an. Als letzter die Betriebsaufnahme der Betriebsleitung erzielte, brauchte der Maschinen zu beschäftigen, konnte man das leitende Bild beobachten, daß junge Männer von 15, 16 Jahren die Frauen in der Handarbeit unterschreiten, ihre Maschinen einstellen, ihre Schreie in Staub zerstreuen. Das den Jungen in einer beschrifteten Bildtafel, berührten mit dem dabei erzielten Grab prächtiger Leistung, gab ihnen eine überlegene Leistung gegenüber der Frau.“

Das Lob der Frauendarbeit genügt über nicht. Zeugnisse bringen auch einen entsprechenden Lohn. Mit der bloßen Überzeugung kann der Schriftsteller sich keinen Arbeitserfolg erzielen, gezeigt zu seinem Bedenkenheit eines Arbeiters. Der fortlaufenden Betriebsleiterung unserer Lehrlinge verhältnisse ist Einhalt zu gebieten und das Schwerpunkt wieder auf eine gezielte Maßnahme zurück zu führen.

Eine solche Grundlage bieten die vom 29. März 1917 geschaffenen Richtlinien über die Lohnzahlung. Diese Richtlinien enthalten zwei Prinzipien darüber, was als ausreichend

„Entschädigung“ für die Lehrlinge in der Metallindustrie betrachtet wird. Die Bestimmungen hierüber lauten:

„Lehrlinge in Betrieben des Industriegebietes Stuttgart-Esslingen erhalten zu der durch Vertrag festgelegten Vergütung eine Kostzulage, so daß sie insgesamt folgende Stundenvergütung erzielen:

- im 1. Halbjahr 10 Pfg., im 2. Halbjahr 15 Pfg.,
- im 3. Halbjahr 20 Pfg., im 4. Halbjahr 25 Pfg.,
- im 5. Halbjahr 30 Pfg., im 6. Halbjahr 35 Pfg.,
- im 7. Halbjahr 45 Pfg., im 8. Halbjahr 50 Pfg.

Für Orte außerhalb des Industriegebietes Stuttgart-Esslingen können die Lohnsätze bis zu 20 Prozent niedriger sein. Für Alltagsarbeiten erhalten Lehrlinge zwei Drittel des vollen Alltagspreises.“

Die Arbeiterschäfte, die an dem Zustandekommen der Richtlinien mitgewirkt, sowie die Arbeiterschäfte in den Betrieben haben in der letzten Zeit sich um die Durchführung der Richtlinien bemüht. Eine Reihe von Arbeitgebern sind dem Ersuchen um Durchführung dieser Richtlinien nachgekommen, ein anderer Teil glaubt mit Redensarten sich über seine Verpflichtungen hinwegsehen zu können. Leider läßt auch der Verband Württ. Metallindustrieller, der an der Schaffung der Richtlinien ebenfalls mitgewirkt hat, den Ernst zu deren Durchführung vermischen. Diese zugesagten „Empfehlungen zur Durchführung“ bei seinen Mitgliedern haben sich schon in Befreiungen der Ablehnungen verwandelt. Und das im Zeitalter der Kriegsgewinne, wo jede Firma es doppelt für ihre Ehrenplicht anzusehen sollte, auch ihren Lehrlingen voran zu halten. Solche Zustände können nicht mehr aufrecht erhalten werden.

Erfreulicherweise lese ich in der Presse, daß die Handwerkerverbände beschlossen haben, in Zukunft allen Lehrlingen vom ersten Tage ihrer Lehrzeit an eine angemessene Entlohnung, für die Mindestsätze in jedem Betrieb festgesetzt sind, zu gewähren, um den Ansatz, dem Handwerkerberuf sich zu widersetzen, zu erhöhen. Ich spreche die Erwartung weiter freie aus, daß die Handwerkerverbände auch annehmbare und zeitgemäße Mindestsätze beschlossen haben. Der Abschluß dieser Lehrlinge wird gegenwärtig getötigt. Dabei sieht man gleich darauf, daß im Vertrag die Entschädigung nach den Richtlinien des Kriegsministeriums festgelegt wird. Jedenfalls lege man keine niederen Sätze fest. Die Arbeitgeber können diese Vergütungen gewähren, für die Existenz der Lehrlinge und die Gesundung der Lehrverhältnisse bedeuten sie eine Notwendigkeit. Von allen in Frage kommenden Faktoren wäre verständnisvolle Mitarbeit erwünscht. Ein Stück Neuorientierung wäre auch hier dringend am Platze.

Eine Reihe mir zu Gesicht gekommenen Lehrverträge enthalten Bestimmungen, die ohne Zweifel direkt den heutigen Rechtsempfindungen wie den guten Sitten widersprechen. Bei gar keinem oder einem Erntegeldlohn sind oft ungeheure Entschädigungsätze zu Gunsten des Lehrherrn festgesetzt, dessen eigene Leistungen dazu in keinem Verhältnis stehen. Die niederen Lohnsätze müssen in vielen Fällen als eine unzulässige Betriebsrichtung angesehen werden. Durch weitere, die bürgerliche Bewegungsfreiheit außer Kraft setzende Vertragbestimmungen will man oft sich in dem Lehrling vollauf ein schüchternes Ausbildungssobjekt sichern. Auch die Ausbildung ist oft so leicht. Ich könnte hier eine Reihe Beispiele anführen. Eltern und Vormünder haben deshalb jeden Lehrlingvertrag auf seine Fazetten zu untersuchen. Nicht soll unterschrieben werden, was später zu unheilsvoilen Streitigkeiten Veranlassung gibt. Gebe man keine Rechte unnötig preis. Die Verhältnisse- und Gewerkschaftsleiter der christlichen Gewerkschaften, Gewerkschafts- und Arbeiterschäfte sind gerne zu jeder Auskunft bereit. Gute Lehrverträge können nur eigentlich machen.

Bei so schwierigen Fragen, wie die des Zusammenschlusses in der Gewerkschaft, sieht man bei der Frau und besonders bei der deutschen Frau auf um so geringeres Verständnis, weil sie durch Jahrhunderte eine Erziehung erhalten hat, die den sozialen Gebanen des Zusammenschlusses direkt gegenübersteht. Bei der Engländerin und Amerikanerin ist das schon wesentlich anders. Bei der deutschen Frau ist das letzte und erste die Familie und das Haus. Das ist gut und notwendig und sollte auch in Zukunft so bleiben. Weil sie nun daran ausgeht, fehlt ihr vorläufig die Art, sich mit solchen Gedanken auseinanderzusehen. Wir können nun nicht erwarten, daß nachdem unsere Zeit die Frau mehr in die Gesellschaft hineingetragen hat, diese sofort fähig wäre, die Notwendigkeit vieler Fragen zu verstehen. Lebends geht es ja mit sehr vielen Männern nicht besser.

Bei einigen Versammlungen, an denen ich teilnehm, macht ich die Wahrnehmung, daß die Frauen entweder dem Redner nicht folgen können oder aber mit der Fülle des Dar gebotenen nichts oder wenig anfangen verstanden. Das ist kein Vorwurf, die Frau ist nun eben ein anders organisiertes Wesen als der Mann und muß dementsprechend behandelt werden. Man kann ihr die großen Ideen der Zeit nur ehrlichweise geben, weil sie ja zum allergrößten Teil jetzt erst anfängt, sich damit zu beschäftigen.

Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen ist mit folgender Methode in Br. manches erreicht worden: Die Monatsversammlung wurde wirklich bis ins kleinste ausgebaut. Ein selbstständiger Vortrag eines Sekretärs oder einer Sekretärin über die Organisation, über Notwendigkeit, Ziel der Frau in der neuen Zeit usw., damit wechselt ab in der Versammlung, Gedächtnisvorträge, kleine Musikkstücke, Besprechung über Arbeitsverhältnisse, über Löhne und Vergl. Ich mache die Wahrnehmung, daß die Monatsversammlungen immer sehr gut besucht waren und man mache mir die Mitteilung, daß auf diese Art die Arbeiterschäfte besser für die Organisationsbestrebungen zu fesseln und zu gewinnen seien, als mit Versammlungen, in denen nur über gewerkschaftliche Sachen gesprochen wurde.

So etwas ließe sich meines Erachtens nach in allen Städten machen, überall gibt es sozial interessierte Damen, die solche Versammlungen verschönern helfen könnten. Man muß sie nur zu gewinnen verstehen. Leichten Endes kommt es ja bei allem nur auf den guten Erfolg an, und den kommt man bei der angegebenen Methode in Br. beachten.

Ich schmeichele mir gewiß nicht, zu glauben, daß dieses übergegebene das Allheilmittel sei. Über es scheint mir als ein guter Stein im ganzen Gebäude zu sein. Jeder, der die Not der Schwestern der unteren Stände mißfühlt, sollte auch hier mitmachen. Br. Et.

Es wäre sehr würdevoll, wenn unsere Kollegen sich zu dieser oben genannten Frage und zu den gemachten Vorschlägen äußern und angeben würden, welche Erfahrungen oder Vorschläge sie nach dieser Seite zu machen hätten.

Allgemeine Rundschau

Als Gegner des gleichen Wahlrechts

scheinen auch die Unabhängigen Sozialdemokraten aufzutreten zu wollen. Unter allen möglichen fadencheinigen Gründen ziehen sie gegen die Regierungsvorlage zu Felde und es besteht die Möglichkeit, daß diese „Arbeitervertreter“ zusammen mit den Konservativen gegen die Arbeiterschäfte stimmen. Das „Mittelpunktsblatt“ der Berliner Unabhängigen berichtet schon darauf vor indem es schreibt:

„Dass die Unabhängige Sozialdemokratie gegen das Plurawahlrecht kämpfen wird, ist so selbstverständlich, daß darüber kein Wort zu verlieren ist. Aber hat sie Rechte, sich für den Regierungsentwurf ins Zeug zu legen? Diesen Entwurf, der durch seine Hinauszögung des Wahlalters von 24 auf 25 Jahre, durch seine Bestimmungen über Staatsangehörigkeit, Wohnsitz usw. viele Tausende von Arbeitern ihres Wahlrechtes beraubt, der durch ein Mantelgesetz verdeckt ist mit zwei anderen Gesetzen, die den einen demokratischen Schritt nach vorwärts durch drei Sprünge nach rückwärts wettmachen? Denn das Herrenhaus wird auch nach seiner „Reform“ das Vollmerk der Reaktion bleiben, vor allem aber wird dem Abgeordnetenhaus das elementarste parlamentarische Recht, das Recht der Budgetbewilligung, auf das empfindlichste beschnitten. Wir meinen, daß die Unabhängige Sozialdemokratie die Verantwortung für eine solche ausgesprochene, arbeiter- und sozialismusfeindliche „Demokratisierung“ Preußens nicht übernehmen kann.“

Es ist merkwürdig, daß diese Leute, die sich stets als Gegner wahrer Arbeiterschäfte gezeigt haben, jetzt mit dem Begriff jonglieren, als sei die Regierungsvorlage arbeiterfeindlich. Ausdrücklich gegen das Verhalten der Unabhängigen ist der internationalistische Standpunkt, der lächerlichlos gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vorgeht, wenn ihm etwas nicht in den Kram passt. Die Unabhängigen Sozialdemokraten suchen überall für ihre Ideen zu werben. Ihnen entgegentreten heißt, die Rechte der Arbeiterschäfte wahrzunehmen. Am besten gelingt das durch Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband.

Es ist merkwürdig, daß diese Leute, die sich stets als Gegner wahrer Arbeiterschäfte gezeigt haben, jetzt mit dem Begriff jonglieren, als sei die Regierungsvorlage arbeiterfeindlich. Ausdrücklich gegen das Verhalten der Unabhängigen ist der internationalistische Standpunkt, der lächerlichlos gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vorgeht, wenn ihm etwas nicht in den Kram passt. Die Unabhängigen Sozialdemokraten suchen überall für ihre Ideen zu werben. Ihnen entgegentreten heißt, die Rechte der Arbeiterschäfte wahrzunehmen. Am besten gelingt das durch Eintritt in den christlichen Metallarbeiterverband.

*

Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege.

Am Sonntag, den 14. April fand im großen Saale des Philharmonie zu Berlin eine „Kundgebung für Sozialpolitik nach dem Kriege“ statt, die von der Gesellschaft für Soziale Reform veranstaltet war. Aus ganz Deutschland hatten sich zahlreiche Teilnehmer (ca. 3000) eingefunden, daß in einem ansteigenden Saale noch eine Parallelversammlung stattfinden mußte. Staatsminister Frhr. v. Berlepsch, der Vorsitzende der Gesellschaft für Soziale Reform, begrüßte in seinen einleitenden Worten die Vertreter der einzelnen Reichs- und Staatsräte (u. a. Bismarck v. Bismarck, Staatssekretär Dr. von Stein, General Scheuch, Staatssekretär Dr. von Kaukonen) und betonte die Notwendigkeit einer andauernden sozialpolitischen Arbeit. Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. E. Francke über die Aufgaben der Sozialpolitik nach dem Kriege. Dieser wählte auf die sozialpolitischen Errungenchaften hin, die schon während des Krieges zu verzeichnen sind; er erwähnte dabei die Robelle zum Vereinsgebot, die Berufung von führenden Männern aus der Arbeiterschäfte zu Staatsräten, die Schlichtungsausschüsse im Hilfsdienstgesetz, die bedeutenden Erfüllungen einer besseren Bevölkerungs-, Lohn- und Sozialpolitik. Neben diesen beruhigenden Aussichten einer sozialpolitischen Reform liegen konkrete Versprechen der Reichs- und Staatsräte für den Erfolg eines Arbeitsamtes, die Verpflichtung des Sozialministers, die Aufrechterhaltung des Sozialministeriums, die

ies § 153 der Gewerbeordnung vor. Die Erfüllung dieser Versprechen ist nur durch eine wirksame und anerkannte Mitarbeit aller beteiligten Kreise vor allem der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, möglich; in diesem Sinne muß der Aufstieg der Tüchtigen, der Männer und der Frauen, zur Tat werden. Der Wuchergeist und die Profitgier der Kriegszeit müssen unbedingt einer wahrhaft sozialen Gesinnung der Gerechtigkeit und des Vertrauens weichen. Dann erhält das Volk die so notwendige soziale Gesundung. Dann leuchtet auch den nationalen Kämpfen dem neuen Deutschland die „Soziale Reform“.

Im Anschluß an das Referat Prof. Grandes nahmen erfahrene Staatsmänner und Sozialpolitiker (Graf von Posadowitzky, Willi. Geh. Rat Dr. Denzburg, Abg. Trimborn a. a.) Stellung zu den großen Zukunftsaufgaben der deutschen Sozialpolitik; sie gaben Vorexegungen zur Lösung der Wohnungs- und Frauenarbeitsfrage, der Familien- und Kriegsbeschädigtenfürsorge. — Beim Vertreter der größten deutschen Arbeiter- und Angestelltenverbände stellten dann in sachlich begründeten, von echtem Standessozialismus getragenen Ausführungen, einzelne Forderungen für eine gesunde Sozialpolitik nach dem Kriege auf. Die christlich-nationale Arbeiterbewegung vertrat Franz Behrens, der sich recht eindringlich für den Schutz und die Gleichberechtigung der Landarbeiter einsetzte.

Staatsminister von Berlepsch schloß die imposante Kundgebung mit dem Wunsche, daß alle aufgerollten Fragen eine befriedigende Lösung in Übereinstimmung mit den Verhältnissen der Gegenwart finden möchten.

*

Beschleunigung der Hinterbliebenenunterstützung.

Das Kriegsministerium hat folgenden Erlass an diestellvertretenden Generalkommandos undstellvertretenden Intendanturen gerichtet:

„Dem Kriegsministerium sind zahlreiche Fälle bekanntgeworden, in denen Hinterbliebene von Personen der Unteroffiziere, die aus Anlaß des Krieges zum Heeresdienst herangezogen worden sind, dadurch in wirtschaftliche Notlage geraten sind, daß für das Leiden des Verstorbenen Dienstbeschädigung nicht anerkannt, ihnen daher Witwen- und Waisengeld nicht gewährt werden konnte. Fortan ist in allen derartigen Fällen von Umts wegen — und zwar beschleunigt — zu prüfen, ob nicht durch die Lage der Verhältnisse die Gewährung einer Unterstützung an die Hinterbliebenen angebracht ist. Stellt sich dies heraus, dann ist so schnell als möglich aus Spendenmitteln zu helfen. Derartige Fälle sind durch diestellvertretenden Intendanturen unter Weisung der Unterlagen beim örtlich zuständigenstellvertretenden Generalkommando beschleunigt vorzulegen.“

Auch in dieser Sache werden unsere Kollegen den Hinterbliebenen unserer gefallenen Kollegen mit Rat und Tat zur Seite stehen.

■

Unsere Kollegen im Felde und das Verbandsorgan.

Von einem Infanterie-Regiment schreibt der Kollege F. St. an seinen Ortsgruppenvorstand in Stuttgart:

„Lieber Kollege! Dir zur Nachricht, daß ich Deine Mitteilung vom 26. Februar 1918 nebst Verbandsorgan erhalten habe. Durch Zusendung des letzteren hast Du mir eine große Freude gemacht. Es ist schon lange her, daß ich keine Zeitung mehr erhalten habe. Wenn auch der Verbandsvorstand in seinem Neujahrsbriefe darauf hingewiesen hat, daß es wegen Papiermangel nicht mehr möglich sei, uns das Verbandsorgan regelmäßig zu senden wie vorher, so glaube ich aber doch, daß man so hic und da eine bereits gelesene Zeitung von irgend einem Kollegen bekommen könnte. Wir bekommen hier draußen täglich so viel Schund zu lesen, daß man sich geradezu danach sehnt, auch etwas über das, worüber man früher gelesen und gekämpft hat, zu erfahren.“

Lieber Kollege! Nachdem Du nun wieder zu Hause und wie ich höre, auch schon wieder fest an erfolgreicher Arbeit bist, so bitte ich Dich, mir wenn möglich so hic und da eine Nummer unseres Verbandsorgans zuzenden zu wollen. Falls es möglich wäre, würde ich dasselbe auch abonnieren und könnte es dann auch Kollege F. zuschicken, der gewiß auch eine ebenso große Freude hätte. Mein Bedenken ist soweit ganz ordentlich, bin jetzt wieder beim Regiment und wurde lärmlich zum Sergeanten befördert. Wünsche Euch erfolgreiche Arbeit.“

Unsere Kollegen im Felde erbitten das Verbandsorgan und studieren es bis zur letzten Zeile. In der Heimat dagegen wird es erst von den Kollegen nur durchflossen oder halbgelesen und dann an den Zeitungshänden gehangen. Un unsere Kollegen im Felde wird sich mancher Kollege in der Heimat auch nach dieser Seite hin ein Beispiel zu nehmen haben.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, ist für Sonntag, den 5. Mai, der 19. Beitragsbeitrag für die Zeit vom 5. Mai bis 11. Mai 1918 fällig.

*

Krankenunterstützung.

Die Mitglieder werden erneut darauf hingewiesen, daß sie in allen Unterstützungsstellen sich sofort beim Vorstand der Verwaltungsstelle zu melden und ihr Mitgliedsbuch abzugeben haben. Die Meldung hat durch das Mitglied selbst, nicht durch den Vertrauensmann zu erfolgen. Die Karrenzeit wird nicht für die zurückliegende Zeit, sondern nur vom Tag der Meldung an gerechnet. Es liegt also im eigenen Interesse der Mitglieder sich sofort zu melden, wenn sie rechtzeitig in den Besitz der Unterstützung kommen wollen.

*

Die Ortsverwaltung Stuttgart-Gemüntz erhält die Genehmigung zur Erhöhung der Sozialzulagen in den Volksschulen auf 20 Pf. ab 1. April 1918. Rücksichtnahme hat den einzigen katholischen Recht. Folge

Aus dem Verbandsgebiet.

Bauken. Unsere diesjährige Hauptversammlung war gut besucht. Bezirkleiter Kollege Giersch hielt einen ausführlichen Vortrag über unsere wirtschaftlichen Verhältnisse im vierten Kriegsjahr und unsere Pflichten als christlich-organisierte Metallarbeiter und -arbeiterinnen. Arbeiterscretär Poll. Schrag, gab im Anschluß hieran einen ausführlichen Bericht über die gewerkschaftliche Tätigkeit. Fragen der Lohnbewegungen am Ort, die bei einer Firma vom christlichen Metallarbeiterverband eingeleitet wurde und für sämtliche Arbeiterinnen und Arbeiter des Betriebes Aufbesserungen mit sich brachte. Jedenfalls sei es nur der Arbeit des christlichen Metallarbeiterverbandes zu verdanken, daß diesen Arbeiter nach drei Kriegsjahren eine Teuerungszulage eine Erhöhung der Stundenlöhne und teilweise auch Erhöhung ihrer Akkordsätze zugesagt wurde. Wenn trotzdem noch Stundenlöhne für Arbeiterinnen von 25 Pf. und noch die Akkordlöhne wie zu Friedenszeiten bestehen, so treffe die Schuld die Arbeiterschaft dieses Betriebes selbst, die auch während des Krieges noch nichts gelernt habe in bezug auf bessere Erkenntnis der Dinge. Hier wäre es längst am Platze, dem Gerede von den „Kriegswucherlöhnen“ der Arbeiterschaft ein Ende zu machen. An unsere Mitglieder liegt es selber, durch zähe Aufklärungsarbeit und Mitglieder gewinnung der Arbeiterschaft zu ihrem Recht zu verhelfen. Aus dem Kassenbericht ging hervor, daß im Laufe des Geschäftsjahrs die Entwicklung der Ortsgruppe in jedem Aufstieg sich befand, doch die Mitarbeit der Kollegen selber ließ sehr zu wünschen übrig, sonst könnte der Stand der Ortsgruppe ein doppelt günstiger sein. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde Kollege Simon als Vors., Korbush als 1. Kassierer, Hilpert als 2. Kassierer, Kollege Barth junior, als Schriftführer, Schiederich und Kühl als Beisitzer gewählt. In Rechnungsprüfern wurde unser Kollege Barth sen. und Kollegin Weißbach gewählt. An dieser Stelle sei nochmals unsern Vertrauensleuten der Dank ausgesprochen und es wurde einstimig Kollege Kühl, der als unermüdlicher und zuverlässiger Landsturmann die ganze Zeit als Muster eines Vertrauensmannes tätig war, wieder gewählt; außerdem unser Kollege Michael und Bühnalek. Mit einem Appell zu treuer Mitarbeit aller Mitglieder zur Stärkung des Verbandes wurde die Versammlung geschlossen.

Oberschlesischer Industriebezirk. Die Schadenerhaltungsfürge für Walzwerker ist laut Nr. 9 und 10 unseres Verbandsorgans aus Anlaß der Vorgänge auf dem Wissener Eisenhüttenwerk, vor dem Behörd-Ulfenkirchner Gewerbegericht in einer fast alle Walzwerke vorbildlichen Weise erzielt worden. Auch in Oberschlesien erringt die Schadenerhaltungsfürge viel böses Blut unter den Belegschaften.

Auf der Friedenshütte zum Beispiel ist soweit das Warmblechmaschinen in Frage kommt, wie auf dem Wissener Werk die achtständige Schicht eingeführt. Die normale Tagesleistung beläuft sich auf 4–5000 Kilo. Von der Betriebsleitung wird unablässig auf Steigerung der Produktion gedrängt. Beim Schichtwechsel macht der Obermeister schon auf die Tafel aufmerksam, wo angeschrieben steht, was die Vorderseite geseztet hat. Die dann verfolgte Absicht besteht darin, die neue Schicht zu noch höheren Leistungen anzuregen.

Das in dieser schweren Kriegszeit jeder das Letzte an Arbeitskraft hergibt, was er kann, um so das Material herzustellen, was notwendig ist, um den Krieg zu einem siegreichen Ende für Deutschland zu führen, ist selbstverständlich. Man sollte aber annehmen, daß dann auch an einer Tafel zu lesen sei, wieviel es für 1000 Kilo an Lohn gibt. Leider ist das nicht der Fall. Auf Drängen der beteiligten Arbeiter in dieser Richtung macht der zuständige Inspektor die wenig plausible Bemerkung: „das Generalkommando gestattet die Bekanntgabe der Akkordsätze nicht“. Das auf diese Weise die Schaffenslust der Arbeiter einerseits, und die Harmonie zwischen Werksleitung und Arbeiter andererseits nicht gefördert wird, liegt auf der Hand.

Der Verdienst der ersten Männer an den verschiedenen Walzen beläuft sich auf 11 bis 15,50 Mark pro Schicht, wozu dann noch ein Teuerungszuschlag von 10 Prozent tritt. Die anderen Walzwerker erhalten vom Wärmer bis zum Schnapper abwärts 90 bis 50 Prozent von dem, was die ersten Männer verdienen.

Kaltschichten werden durchschnittlich 3 bis 5 im Monat gemacht und erhalten die ersten Männer dafür 7 Mark bis herab zum Schnapper 5,25 Mark nebst den schon erwähnten Teuerungszuschlag von 10 Prozent. Im Hinblick auf die Teuerung und der aufreibenden Arbeit, wozu noch in der Zeit mangelnder Seife der ungähnliche Fettschmutz bei Kaltschichten tritt, ist der Lohn gewiß sehr verbessерungsbefürdig.

Ein besonderes Kapitel bietet das eingangs erwähnte Strafverfahren. Bei der Arbeit werden viel Gefangene also ungeübte Kräfte verarbeit. Das Material ist auch nicht mehr so wie es vor dem Kriege war. Trotzdem soll das höchstmögliche in der Praxis geleistet werden. Dazu kommen die Betriebsstörungen infolge Strommangel und anderen Ursachen. Das hat zur Folge, daß sich die Walzentemperatur ändert. Die Folge der veränderten Walzentemperatur sind Walzenbrüche oder, solange die Walze bei Wiederbeginn der Arbeit ihre richtige Temperatur nicht hat, Arbeitsrestuale, die als Ausfall bezeichnet werden. In den meisten Fällen wo die Walze zu Strafen herangezogen werden, handelt es sich um Schadensursachen, die nicht persönlich, sondern technischer Natur sind, wie aus dem Gesagten hergeht. Und sofern Walzenbrüche oder schadhafte Produkte auf persönliche Ursachen zurückgeführt werden können, finden diese sehr stark in der nie-nachlassenden Untreue ihrer Begründung. Die Arbeiter werden dadurch gerade zu Unvorsichtigeiten verleitet bzw. gedrängt.

Die Werksleitung, die aus der größeren Arbeitsleistung in erster Linie Nutzen hat in Form höherer Betriebsergebnisse, sollte gerechter Weise auf alle diese Dinge etwas Rücksicht nehmen statt ungeachtet all dieser Umstände der Arbeiterschaft Strafen aufzuholen. Für Walzenbrüche werden 5–8 Mark Strafen verhängt. Ebenso werden die ersten Männer für schadhafte Walzprodukte, die wie aufgeführt, als notwendige Folge der Walzentemperaturänderung bei Betriebsstörungen eintreten, haftbar gemacht.

Eine aus Fachleuten zusammengeführte Kommission, durch welche unter Mitwirkung vom Arbeitgeber die Schuldfrage bei jedem Einzelfall untersucht wird, besteht nicht. Die Betriebsvertreter treten als Aussöger, Richter und Strafvollzieher selbststehend auf. Dieser unhaltbare, jeder sozialen Gleichberechtigung hohesprechende Zustand bedarf dringend einer Reform. Während zum Schadensatz jeder Mann bei hinzukommenden Fällen herangezogen wird, herrscht bei Beurteilung

von Walzenprämiens ein anderer Modus. Von den 18 ersten Männern erhält monatlich nur derjenige eine Walzenprämie in Höhe einer Akkordsicht, der die geringste Auschußmenge geliefert hat.

Endlich seien auch über die Behandlung der Arbeiterschaft einige Bemerkungen gestattet. Da ist vor allem der Herr Obermeister H., der sich durch eine laun zu überbietet. Unbildung auszeichnen sucht. Er ergeht sich ständig in Beschimpfungen der Leute. Die ersten Männer schimpft er „Schafstopf“, „Lappes“, „verfluchter Hund“ und ähnlichem. Will sich ein Mann rechtfertigen, dann sagt er: „Halten Sie Ihre Fresse.“ Daß er bei solchen Verhalten sowohl seine eigene, als auch die Autorität der ersten Männer untergräbt, auch das Ansehen der Firma schwer schädigt, dafür scheint der Herr keinerlei Empfinden zu haben. Vieles könnte hier gemildert werden, wenn der Herr Betriebsinspektor in richtiger Weise sich Geltung verschaffte und bei Beschwerden beide Seiten höre. Die Generaldirektion, der die Dinge zur Zeit jedenfalls noch unbekannt sind, müßte hier einmal nach dem Rechten sehen.

Schuld an den geführten Verhältnissen tragen aber im tiefsten Grunde die Arbeiter selbst. Sie haben bis heute zu wenig Standesbewußtsein an den Tag gelegt und sind der gewerkschaftlichen Organisation fern geblieben. Wollen die oberschlesischen Walzwerker eine Besserung ihrer Lage und erzielen, daß bei Walzenbrüchen und Auschußprodukten die Schuldfrage auch von einer paritätischen Kommission untersucht und festgestellt wird, dann müssen sie dem Beispiel der Wissener Kollegen folgen und sich wie diese manhaft im christlichen Metallarbeiterverband zusammen finden. Ein hoffnungsvoller Anfang ist nach dieser Seite bereits vorhanden.

Saarbrücken (Bezirk). Um zweiten Osterstag fand in Saarbrücken eine Konferenz der Obmänner, der Vorstandsmitglieder des Bezirks Saarbrücken statt, die sich mit sehr wichtigen Verbandsfragen befaßte. Kollege Sekretär D. Bild leitete die Konferenz. Bezirksleiter Kollege Bäder erstattete ausführlich Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im ersten Quartal und ging eingehend auf alle wichtigen Fragen ein. Im ersten Quartal wurden 1631 Neuaufrnahmen gemacht. Ferner lag der Kassenbericht der Bezirks- und Verwaltungskassenfasse vom Jahre 1917 vor. Die Bezirkskasse hatte eine Einnahme von 14 647,94 Mark und eine Ausgabe von 14 206,14 Mark sodass ein Bestand von 441,80 Mark am 31. 12. 17 vorhanden war. Die Verwaltungskasse hatte eine Gesamteinnahme von 111 660,25 Mark und eine Ausgabe einschließlich den 80 395,48 Mark, welche an die Hauptkasse und den 15 964,72 Mark, die an die Bezirkskasse abgeführt wurden, von 110 160,08 Mark. Es ist in der Bezirkskasse ein Bestand von 912,92 Mark vorhanden.

Nach reger Diskussion, in der von allen Rednern die Notwendigkeit einer regelmäßigen Hausagitation betont wurde, nahm die Konferenz folgende Beschlüsse einstimmig an:

1. Die Konferenz nimmt mit großer Beifriedigung Kenntnis von der erfolgreichen Arbeit, die auch im 1. Quartal 1918 geleistet wurde. Es wird jedoch bedauert, daß ungefähr ein Viertel der Zahlstellen sich fast gar nicht um die Werbearbeit und um das Verbandsleben kümmert. Das gleiche trifft für das Verwaltungskreis in vielen Zahlstellen zu. Daß es Mitglieder gibt, die in den Generalversammlungen Vorstände und Vertrauensmännerposten annehmen und nach einigen Wochen ihr Amt niedergelegen, kann nicht schief genug verurteilt werden. Wer einen solchen Posten in der Jahresgeneralversammlung annimmt, hat auch die Pflicht, diesen Posten ein volles Jahr pünktlich und pflichtgemäß auszufüllen. Durch Wechsel in den Vorstands- und Vertrauensmännerämtern innerhalb des laufenden Jahres wird der Verband und somit die Arbeiterschaft schwer geschädigt, da solcher Wechsel immer ein Stören in die Verwaltung bringt.

Zahlstellen, die bis zum 10. eines Monats nicht abgerechnet haben, sollen in Zukunft mit allen verfügbaren Mitteln zur Pünktlichkeit herangeholt werden.

Auch ist seitens der Zahlstellenvorstände dafür zu sorgen, daß am 1. eines jeden Monats alle Beiträge vom vergangenen Monat fassiert sind; geschieht das, so ist von selbst eine pünktliche Abrechnung möglich.

2. Da der Geldwert ganz gewaltig gesunken ist, und somit die Ausgaben für Verbandsorgan, Schreibmaterial, Drucksachen, Porto und Telefon, Gehälter und Löhne, Fahrten u. dgl. bedeutend gestiegen sind und die Preissteigerung noch immer anhält, ist es ganz natürlich, daß die Verbandsbeiträge dieselben sind wie vor dem Kriege, daß die Finanzkraft des Verbandes sehr stark von diesen Erhöhungen beeinflußt wird. Die Finanzkraft auf der Höhe zu halten, ist aber eine unbedingte Notwendigkeit im Interesse eines jeden Mitgliedes, da nur starke Raffen den Mitgliedern Schutz gewähren können. Von einer Erhöhung des Beitrages glaubt die Verbandsleitung vorläufig noch Abstand nehmen zu müssen, jedoch sind Extrabeiträge unbedingt notwendig. Die Konferenz beschließt deshalb, daß alle Vollmitglieder, ausschließlich der weiblichen, ab 1. Mai eine Kriegsmarke von 25 Pf. jeden Monat zu zahlen haben.

3. Die Arbeiterausschüsse nach Par. 134h der RGW (Krankenkassenvorstände, Knappshäftsälteste) haben sich als unfähig und unbrauchbar für die Dauer des Krieges betreffend den bürgerlichen Hilfsdiensten erwiesen. Derartige Arbeiterausschüsse sind nicht nach Betriebsabteilungen, sondern nach Bezirken oder Kreisstrecken gewählt, sodaß die Zusammenfassung sehr oft so ist, daß einzelne Betriebsabteilungen durch mehrere Arbeiterausschüsse und andere Betriebsabteilungen durch keinen Vertreter im Arbeiterausschuss vertreten sind. Da den Krankenkassen und Knappshäftsältesten auch unter und mittleren Werksbeamten angehören, kommt es nicht selten vor, daß diese in den Krankenkassenvorstand oder als Knappshäftsälteste gewählt werden, und somit auch zum Arbeiterausschuss bestellt werden können. Solche Arbeiterausschüsse können unmöglich im Sinne des Gesetzgebers tätig sein und das Vertrauen der Arbeiter berühren. Infolgedessen ist auf jenen Werken, wo solche Ausschüsse bestehen, der soziale Frieden dauernd in Gefahr. — Die Konferenz beschließt infolgedessen, die Verbandsleitung möge weiter darauf drängen, daß solche Arbeiterausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz erweitert oder durch Hinzutreten aus den Betriebsabteilungen, die keine Betriebsleitung im Arbeiterausschuss haben, ergänzt werden. Ferner beauftragt die Konferenz die Verbandsleitung, durch eine Einigung an den Reichstag und die Parteien dahin zu wirken, daß in dem Arbeitskammergesetz eine Bestimmung aufgenommen wird, die besagt, daß Arbeiterausschüsse nur noch nach dem Arbeitskammergesetz und den Vergesetzen und nicht nach Par. 134h der RGW gebildet werden dürfen. Ferner soll in diesen Eingabe bedauert werden, daß von den Bundesstaatsverordnungen, die den Ausbau der Arbeiterausschüsse betreffen, nur die Ausschüsse nach dem Hilfsdienstgesetz betroffen, dagegen die Ausschüsse nach Par. 134h der RGW ausgenommen werden.

